

# Merseburger Tageblatt

**Bezugspreis** in der Stadt für Abholer monatlich 13 600, inbegriffen 3800, durch Böden bezogen 14 000, bei Postbezug 14 000  $\frac{1}{2}$  (ohne Postgebühr). Erträgnis durchschnittlich nachmittags. Einzelnummer 600  $\frac{1}{2}$ , Sonntags 800  $\frac{1}{2}$ . Alle Preise freibleibend. Postfach Leipzig 16 654. Geschäftsstelle: Halberstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird f. Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balz

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 156

Freitag, den 6. Juli 1923.

163. Jahrgang.

### Die Spannung zwischen London und Paris.

#### Englands Geduld „beinahe erschöpft“.

London, 6. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, daß die Zeit der politischen Stillstände vorbei sei. Lord Curzon habe in seiner letzten Unterredung dem französischen Botschafter erklärt, die Geduld des britischen Parlaments und der britischen Nation sei beinahe erschöpft. Die englische Regierung würde, wenn auch mit Widerwillen, eine unabhängige Aktion verfolgen, wenn seine Verbündeten ihren Standpunkt nicht ändern würden.

Die Situation ist also unverändert, wenn nicht verschärft. Trotz freigelegtem Stillstande amtlicher Kreise ist es ein offenes Geheimnis, daß die Regierung die Lage sehr schwärz anblickt und kaum noch hofft, die verlangten Bestimmungen und klaren Antworten auf den Fragebogen, die Lord Curzon vorgelesen werden vom belgischen noch vom französischen Botschafter bekam, noch zu erhalten.

Es verlaute, daß man in Paris, die Verantwortlichkeit der Verweigerung eines Beschlusses einsehend, sich entschlossen habe, schriftliche Erklärungen nach London zu senden. Damit ist es sehr wahrscheinlich, daß der französische Botschafter morgen oder übermorgen mit Lord Curzon zusammenzutreffen wird.

In britischen diplomatischen Kreisen ist man über die politische Lage in Europa außerordentlich besorgt. Immer mehr greift die Ansicht zu, daß, wenn nicht ein Wunder eintritt, und Frankreich seine ganze Politik ändert, Großbritanniens eingreifen müsse, um sich selbst zu retten und Europa vor dem Hunger und der Verfallung zu schützen. Man erwartet daher, daß England handeln werde und daß es Italien auf seiner Seite haben wird. Man glaubt nicht länger in London, daß Frankreich überhaupt eine Erfüllung der Reparationswünsche. Die Verhandlungen zwischen beiden Mächten werden zwar fortgesetzt; doch man glaubt nicht, daß irgendeine Seite nachgibt. Wenn Frankreich den Frieden suche, wie es immer behauptet, so müsse es die Wägen haben, aus Europa eine Wüste zu machen, um dies dann Frieden zu nennen. Wenn Frankreich eine Sicherheit suche, so sei dies die Art der Sicherheit, für die Napoleon seinen Marsch nach Moskau begann.

Der Widerspruch des italienischen Vorklärers in London mit Lord Curzon wird eine große Bedeutung beizumessen. Es wird betont, daß die Regierungen von Rom und London über die grundlegenden Fragen des Reparationsproblems übereinstimmen.

Obwohl Frankreich, wie oben bemerkt, sich England gegenüber nachgiebig gezeigt habe, wird es auf eine Reihe von Bedingungen zurückgegriffen. Da die Belegung des Ruhrgebietes keine materiellen Ergebnisse hatte, die Reparationsstaffel leerer ist denn je und auch der Druck im Ruhrgebiet nicht dazu führt, die dortigen Industrien zu Abmachungen mit den französischen Industrien zu veranlassen, möchte Frankreich jetzt Deutschland in wirtschaftlich durchdringen und sich in allen seinen Industriezweigen festsetzen. Dazu sollten Maßnahmen getroffen, die vom „Zembs“ zur angeblichen Wiederherstellung der deutschen Finanzen vorschlagen werden. Diese Maßnahmen sollten sein: die Reparationskommission überträgt die Kontrolle einer in Deutschland durchzuführenden Währungsreform aller in Deutschland vorhandene Wägen und Vermögen wird zur Garantie der Reparationszahlungen herangezogen, der in Deutschland vorhandene unbenutzte Gütervertrieb hat zu Gunsten der Reparationen besondere Steuern zu zahlen, von der Aufsicht werden weiter 26 Prozent Züge erhoben. England und Frankreich sollen beraten, wie ihre Forderungen gegenüber Deutschland allmählich in Werte umgewandelt werden können, die man auf allen Weltmärkten besorgen kann und mit deren Hilfe alle internationalen Schulden abgetragen werden können. Damit, so meint der „Zembs“, würde die Währungsreform aufhören, eine Stille zu bilden.

#### Gemeinsame Sitzung des Reichs- und Preußenkabinetts.

Berlin, 6. Juli. Auf Donnerstag Nachmittag war eine gemeinschaftliche Sitzung des Reichskabinetts und des preußischen Kabinetts eingetret, in der über die Ruhrpolitik und die Einmündungen des aktiven Widerstandes eine Besprechung stattfinden sollte. Um 1/2 12 Uhr nachmittags war der Ministenausschuß des Reichstags einberufen. Von

dem Ergebnis dieser beiden Sitzungen wird es abhängen, ob noch eine außerpolitische Debatte im Reichstag stattfinden wird oder nicht.

Am Montag soll der Auswärtige Ausschuss zusammenzutreten, um sich mit der außenpolitischen Lage zu befassen und insbesondere zu der durch die Aussprache mit dem Ministerrat in Gefährdung gesetzten Frage Stellung zu nehmen. Es verlaute, daß die Besprechungen mit dem Ministerrat im Augenblick noch kein endgültiges Ergebnis herbeiführen haben, so daß zurzeit noch nicht mit der Regierungserklärung, die erwartet wurde, zu rechnen ist. Baccelli ist nach München zurückgekehrt.

### Volksdienst ist Volksoffer!

Darum geht weiter um Deutsche Volksoffer!

#### Bestätigung der sieben Todesurteile.

Düsseldorf, 6. Juli. Die Revision der vom Rheinischer Kriegsgericht wegen angeblicher Sabotageakte zum Tode verurteilten sieben Angeklagten Sasse, Maurer, Grube, Schöne, Schneider, Dreier und Meyer sowie des zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Angeklagten Lauffe und des zu fünf Jahren Gefängnis verurteilten Kochler wurde gestern vom Revisionsgericht der französischen Rheinarmee in Düsseldorf verworfen.

#### Ein neuer Schieferkopf.

„Obne Karat schicken“.

Weiterhoben, 5. Juli. Die französischen Böden haben Anweisung, ohne Anruf auf Verboten zu schicken, die die Trennungslinie zwischen Belgien und unbesetztem Gebiet überschreiten wollen. Besonders im sogenannten Schwarzer Wald ist die Grenze durch Infanterie und Kavallerie besonders stark besetzt.

#### Die ersten Opfer.

Werbeld, 5. Juli. Der Arbeiter Diensthof wurde in der Nähe der Jagd Schleswig bei dem Versuch, die Grenze zu überschreiten, von einem französischen Soldaten ohne Anruf erschossen. — Heute morgen wurde westlich von Schwerte im unbesetzten Gebiet der jugendliche Arbeiter Sabich aus Schwerte von einer französischen Patrouille überfallen und aufs unmenslichste mißhandelt. Die Strafe des Tod, zwei Kilometer westlich von Schwerte vorgehenden französischen Postens in Art 50 Nachfahrer erhöht worden.

Durch die Patrouillen, welche die Durchführung der Sanktionen in Duisburg übernahmen, wurde gestern ein Deutscher getötet und drei Deutsche verwundet, die auf Anruf nicht fliehen geblieben waren.

Nach einer Meldung der „Wien. Welt“, ist am Donnerstag in heute der Schiefer Kopf, der bei der Schiefererei in der Nacht zum 11. Juni verlegt wurde, gestorben. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer jener Nacht auf sieben.

#### Der Massenmörder.

Degoutte erhielt das Großkreuz der Ehrenlegion.

#### Die Duisburger Katastrophe — französische Mache.

Eisen, 5. Juli. Es wehren sich immer mehr die Anzeichen, daß die Sprengung auf der holländischen Brücke bei Duisburg auf französische und belgische Veranlassung verübt worden ist. So wird jetzt bekannt, daß die Sperre, die infolge der Katastrophe verhängt worden ist, bereits seit längerer Zeit geplant und vorbereitet war. Außerdem ist bisher nicht eine einzige tatsächliche Feststellung von Verbrechen erfolgt, die es doch sonst an dem nötigen Gefähr nicht fehlen läßt.

#### Die Lebensmittellage.

Im besetzten Gebiet beginnt jetzt bedrohlich zu werden. Besonders macht sich ein außerordentlicher Kartoffelmangel durch die an allen Orten gleichzeitig eintretende Sperre bemerkbar.

### Danzig und Polen.

(Das Ruhrgebiet des Ostens.)

Der polnische Minister des Innern hat angeordnet, daß Danziger Staatsbürger in Polen wie Ausländer behandelt werden und sich im Laufe von 24 Stunden bei einer näher bezeichneten Verwaltungsbehörde melden müssen. Es wird den Danziger Bürgern von der Behörde eine Bescheinigung erteilt, die zwar nicht kostet, die aber nur ganz bestimmte Verwaltungsbehörden ausstellen dürfen, sobald zur Erlangung dieses verfahrenen Wiens köstliche Gleichbehandlungen in Polen gemacht werden müssen. Diese Maßnahme bedeutet die Anknüpfung des offenen Kampfes gegen die Rechte von Danziger Staatsbürgern nicht nur, sondern gegen den Bestand des Danziger Freistaates an sich. Um was geht es bei diesem Kampfe? Der Antrag der gleichberechtigten Auseinandersetzung war die Festlegung von sieben Danziger Staatsangehörigen in Polen. Die Bescheidener der Danziger Regierung ist von den Polen kurzerhand zurückgeschickt worden mit dem Bemerkten, sie wäre unzulässig im Tone und beleidigend. Die neueste Verordnung der polnischen Behörden aber zeigt, daß es gar nicht um die sieben Danziger Staatsbürger, auch nicht um eine Wehrmacht vertriebenheit geht, wie sie zwischen zwei benachbarten Staaten hier und da vorkommen pflegt, sondern um ganz etwas anderes.

Danzig ist eine rein deutsche Stadt. Der Danziger Freistaat ist ein rein deutsches Gebiet. Mit Rücksicht auf den rein deutschen Charakter dieses Landes, hat man es dem neuorganisierten Staat nicht ohne weiteres zugelassen, sondern gewisse Souveränitätsrechte für dieses Gebiet festgelegt, um eben diesen nationalen Charakter Rechnung zu tragen. Daß der polnische Eitelkeit oder dem polnischen Machtbewußtsein die Tatsache dieses deutschen Gebietes unerschrocken ist, liegt auf der Hand. Der Gegensatz zwischen Danzig und Polen ist so alt, wie der Freistaat Danzig. Über bisher war es nicht gelungen, die Schwierigkeiten zu überbrücken. Eine wirkliche Gefahr für die Danziger Selbstständigkeit schien nicht vorhanden zu sein. Wenn heute eine Veränderung in der Lage eingetreten ist, wenn heute Polen mit ganzen Maßnahmen gegen Danzig vorgeht, so ist es in erster Linie der Augenblick dieses Kampfes, der vollständig von Wichtigkeit ist.

Zu der osteuropäischen Politik ist der Freistaat Danzig zur Zeit in einer ähnlichen Lage wie das Ruhrgebiet im Dezember 1922. Danzig ist für Polen der Prüfling der politischen Widerstandskraft Englands im Osten. Man versucht mit dem Vorgehen gegen Danzig England dazu zu zwingen, seine Karten aufzugeben. Im Westen ist diesen Versuch mißglückt. Die englische Politik hat sich der Lage gewachsen gezeigt, nachdem Deutschland den französischen Einbruch durch die Besetzung des polnischen Ruhrgebietes zum Stehen gebracht hatte. Danzig ist die Wägen des deutschen Einkaufes im Osten. Es handelt sich um eine rein politische Stellung, während die Bedeutung des Ruhrgebietes im Westen auch mehr wirtschaftlich begründet ist. Über während das Ruhrgebiet und das Rheinland niemals von der Verbindung mit dem gesamten Deutschland abgetrennt worden sind, ist Danzig durch den Friedensvertrag aus dem Verband des deutschen Reiches herausgelöst worden. Es heißt keinen Rücksicht. Die deutsche Bevölkerung des Ostens hat keine Möglichkeit, Danzig gegen irgendwelche Übergriffe polnischerer zu schützen, so groß auch die Teilnahme und das Interesse mit dem Danziger Deutschland sein mag. So bleibt denn als Verteidiger der Danziger Selbstständigkeit nur eine Macht. Diese Macht heißt England. Im Westen, in dem Kampf um die Oberhoheit des Rheinlandes hat sich die englische Politik, dank dem Widerstande der Bevölkerung, im Hintergrunde halten können. Im Osten ist das nicht möglich. Hier müssen die Karten offen auf den Tisch gelegt werden. So geht denn der Konflikt zwischen Danzig und Polen in seiner Bedeutung weit über eine lokale Auseinandersetzung hinaus. Die Danziger Frage ist ein Problem der Weltpolitik geworden. Vorläufig ist die Bedeutung des Streites zwischen Danzig und Polen der Wehrmacht der deutschen Bevölkerung noch nicht deutlich geworden. Aber es wird nicht lange Zeit dauern. Und es ist notwendig, gerade hier die Augen offen zu halten. Die Gefahr liegt vor, daß Danzig von demselben Schicksal betroffen wird wie das Ruhrgebiet, und daß sich die im Westen hoffnungslos in eine Sackgasse verirrte französische Politik im Osten Luft zu schaffen versuchen wird.







# Beilage zu Nr. 156 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 6. Juli 1923

## Der Angriff auf das Privateigentum.

Der Reichsbund für Siedlung und Pachtung hat beschlossen, seinen Antrag auf Veranlassung einer Volksabstimmung zur Ergänzung des Reichsiedlungsgesetzes mit einigen Veränderungen von neuem einzubringen. Der neue Entwurf unterscheidet sich nur unwesentlich von dem alten Antrag der im April ds. Js. während der Eintragungsfrist zurückgezogen wurde, wenigstens soweit er die landwirtschaftliche Siedlung betrifft. Jeder Grundbesitzer, der mehr als zwei Ackerabnahmen sein eigen nennt, soll  $\frac{1}{2}$  der die zweite Ackerabnahme übersteigenden Fläche entschädigungslos abtreten und der so dem Reich zur Verfügung gestellte landwirtschaftliche Boden soll landarmen und landlosen Familien in Erbpacht gegeben werden. Unter einer Ackerabnahme versteht der gesetzliche Vater des Entwurfs: Herr Hoeft, der gleichzeitig Vorsitzender des Reichsbundes ist, je nach der Bodenklasse 24-100 Hektar. Neu sind an dem Entwurf Vorschläge zur „Erfassung“ des städtischen Besitzes. Dieser soll die Mittel für billige Baudarlehen an kriegsbeschädigte durch die Abgabe von einem Viertel des Reingewinns aller Banken, Aktiengesellschaften usw. aufbringen, außerdem ist eine scharfe Besitzabgabe aller Besitzer von mehr als 100.000 Goldmark Vermögen vorgesehen. Diese Reichszunahme von Zinsen, die mit den ursprünglichen Zielen des Siedlungsgesetzes Hoeft nichts zu tun haben, ist außerordentlich besorgniserregend. Man muß wissen, daß die kommunistische Partei in Anweisungen an ihre Organisationen darauf hingewiesen hat, daß von all den vielen jetzt propagierten Agrarumsturzplänen der Entwurf des Herrn Hoeft weitaus der radikalste ist und der einzige, der ziemlich vorbehaltlos unter den gegenwärtigen Verhältnissen von der kommunistischen Partei unterstützt werden könnte. Noch im April hatte die K. P. D. ebenso wie alle anderen Parteien Herrn Hoeft wissen lassen, daß je seinem damaligen Votum gegenüber keine Unterstützung angeboten werden könnte. Wenn jetzt nun die K. P. D. für den Antrag Hoeft eintritt, nachdem er eine gewisse Abänderung und Erweiterung erfahren hat, so liegt der Schluß nahe, daß die Abänderungen vorgenommen wurden, um für den Volkseigenen weitestgehend der Unterstützung der Kommunisten sicher zu sein. Die Kommunisten spielen aber zugleich den neuen Antrag Hoeft gegen den berechtigten sozialdemokratischen „Bodenreform“-Antrag Müllers-Frankens aus, mit dessen Grundgedanken sie durchaus einverstanden sind, der ihnen aber in der entscheidungslosen Erlassung des Grundgesetzes noch nicht radikal genug ist. Grundfähig hat die K. P. D. dabei 20 Hektar als das Maß bezeichnet, bis zu welchem die Grundbesitzer durch ihren Besitz befallen sollen. In diesem Sinne sind auch die kommunistischen Mitglieder und Delegierten zu dem in Kürze bevorstehenden Verbandstage des sozialdemokratischen Deutschen Landarbeitersverbandes angewiesen worden, um diesen, wie es heißt, „reaktionären“ Teil der sozialdemokratischen Partei einerseits zu radikalisieren und andererseits dadurch die Aktion der K. P. D. soweit vorwärts zu treiben, daß schließlich die Massen ihren sozialistischen Führern durchgehen. So hat der neue Antrag Hoeft ein durchaus politisches Gepräge bekommen und ist das Gegenstück geworden zu jener anderen politischen Bodenreform, die ebenso frei von wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen wie der Sozialdemokratie propagiert wird. Besonders bedauerlich ist dabei, daß nun auch noch mit dem kriegsbeschädigten Mißbrauch getrieben wird, und wir dürfen wohl bezweifeln, daß die Anhängerhaft des Herrn Hoeft sich immer noch von seinen Schülern trennen ließe, welche sie wüßte, wozu sie ausgenutzt wird. Denn der Kern des Vorhabens des Herrn Hoeft liegt ebenso wie bei der sozialdemokratischen „Bodenreform“ nicht in der propagandistisch in den Vordergrund gestellten Förderung der Siedlung, in der angeführten Verletzung des Handlungers, sondern in dem Angriff auf das Privateigentum. Handelte es sich bei dem Antrag Müllers-Frankens speziell um die Befreiung des ländlichen Privateigentums, um die Sozialisierung des Grund und Bodens, so geht der Reichsbund von vornherein jetzt auch auf die Einleitung der Befreiung des städtischen Privateigentums los. Dies ist das beste Zeichen, wozu der Weg geht, der in vielleicht verständlicher, aber darum nicht weniger bedauerlicher Verletzung der tatsächlichen Verhältnisse der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und in einer wenig wichtigen Verknüpfung grundsätzlicher volkswirtschaftlicher Fragen mit zweifellos außerordentlich wichtigen nationalpolitischen und sozialen Fragen zuerst von jenen hiesigen Kreisen bestritten worden ist, die noch heute sich um die Bodenreformbestrebungen Damaghtes sammeln und die damit ungenügend einen aus ganz anderen Agrarverhältnissen entstandenen französischen Gedankenengang in Deutschland verwirklichen wollen.

## Wuppertaler Reichstag.

Berlin, 5. Juli.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bezieht sich Abg. Schmidt aus Sachsen (Zos.) die Zulässigkeit der gestern abend vorgenommenen namentlichen Abstimmung über den Geschäftsantrag, Dr. Kahl (D. Vp.) auf Aussetzung der sozialdemokratischen Bayernanträge. Präsident Loebe schließt sich diesem Zweifel an. Auf seinem Vorschlag wird die Frage vom Reichsrat und Geschäftsantrag ausgesetzt. Debatte los werden dann in allen drei Richtungen angenommen der Gesetzentwurf über Wiedererrichtung und Umbauung im besetzten Gebiet und eine zweite Ergänzung des Siedlungsgesetzes.

Darauf begründet Abg. Unterleitner (Zos.) den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmestandes. Die Anwendung der Notverordnung des Reichspräsidenten und der republikanischen Schutzgesetz wurde in Bayern genügen. Die bayerische Notverordnung wird nicht gegen die demokratischen Reichsbehörden, sondern ganz einheitlich gegen fünf angewendet. Auch die Münchener Posten sind größtenteils Mitglieder der nationalsozialistischen Partei. Daneben wird die bayerische Verfassung demut, um unter nichtigem Vorwand fast die ganze sozialdemokratische Presse in Bayern zu verbieten.

Abg. Kemmerle (Komm.) schließt sich dem sozialdemokratischen Antrag an. In Bayern besteht tatsächlich eine tatsächliche Bewegung. Was in Bayern geschieht, ist schlimmer als die scharfe Schmach im Westen. (Stürm. Applaus rechts.) Die Reichsverfassung endet an der bayerischen Grenze. Die ganze kommunistische Presse ist dort verboten.

Auf Antrag des Abg. Schöb (D. Vp.) wird der Antrag dem Reichsausschuß überwiehen. Dann verlag sich das Haus auf morgen nachmittags 2 Uhr.

Zweite Lesung der Verbrauchsteuer und kleinere Vorlagen.

## Preussischer Landtag.

Berlin, 5. Juli.

Vizepräsident Garnich legt zunächst Verlesung ein gegen die rechtsbündige Behandlung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Gertes aus Nachen und Adversanz aus Düsseldorf-West durch die Entzweiung.

Das Haus legt sodann die zweite Beratung des Berufungsausschusses vor.

Abg. Behr (D. Vp.) erklärt, das Handwort wolle sich durch Zuber die Mitarbeit und den Einfluß auf die Berufungsausschüsse überwiehen.

Abg. Hermann, Breslau (Zos.) stimmt dem sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der obligatorischen Berufungsausschüsse zu.

In der Abstimmung wird der grundlegende § 1 gegen Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt, der Rest des Gesetzes unter Ablehnung einer großen Anzahl von Abänderungsanträgen im wesentlichen nach den Ausschlußschließen angenommen, dazu die Novelle zum Gewerbe- und Handelslehre-Dienstvertragsgesetz.

In 2. und 3. Beratung nimmt das Haus die Sozialdemokraten die höhere Förderung der Eisenbahn-Werke, nach dem Ausschlußvorschlag an. Ein Antrag aller Parteien, ausschließlich der Kommunisten, sofort den Geschäftsantrag aussetzung mit der Prüfung der Frage zu beantragen ob § 23 der Geschäftsordnung mit der Verfassung vereinbar ist, gelangt zur Annahme. Der Entwurf eines Aufhebungsgesetzes zum Reichshandelsregister wird an den Entscheidungsausschuß zurückverwiesen. Der Antrag desentrums über Verlesungsdarlehen an Beamte, Lehrer, Angestellte und

Staatsarbeiter wird nach kurzer Aussprache dem Votum auschüssig überwiesen. Darauf werden noch 399 eingegangene Berichte nach den Auskunftsanträgen erwidert.  
Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. Dritte Lesung der Stempelsteuergesetzesentwürfe: kleinere Vorlagen. — Schluß 3 Uhr.

## Politische Rundschau heutiger Poincaré

Paris, 5. Juli. Am gefrigen Nationalfeiertag der Amerikaner wurde in Paris ein Denkmahl für die amerikanischen Kriegsveteranen enthüllt. General Magin rühmte die Verdienste der amerikanischen Soldaten, die durch ihren Beitritt zur französischen Republik hundertfach die Dienste zurückgelassen haben, die Frankreich während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges geleistet hat. Dann ergriß Poincaré das Wort und betonte, daß die Menschlichkeit die Erinnerung an den letzten Krieg nicht so leicht vergessen und nicht zulassen werde, daß Deutschland heute den Sieg in sein Gegenteil umzuwandeln verusche. Frankreich brauche heute Friedensschlichter, die der deutschen Propaganda entgegenzutreten und die Frankreich vor der Welt so darzustellen, wie es ist: arbeitssüchtig und reichlich, gerecht und maßvoll und nichts anderes fordernd als die Wiedergutmachung seiner Schäden sowie die Sicherheit der Grenzen. Zuletzt sprach der amerikanische Vorkämpfer Wilson, Herrid den Franzosen den Dank für die Ehreung der amerikanischen Kriegsveteranen aus.

Poincaré richtete an den Präsidenten Harding ein Telegramm, in dem er die Hoffnung ausdrückt, daß das Einverständnis der beiden Länder sich noch fester verknüpfen möchte.

### Dr. Dorten als Prophet und Lügner.

Der „Newport Herald“ gibt angebliche Prophezeiungen Dr. Dortens wieder, die dieser während seines Aufenthalts in London ausgesprochen haben soll. Bei dem ihm zu Ehren gegebenen Frühstück hätte Dr. Dorten gesagt: In wenigen Tagen werden die beiden Völker, die das Ausgabgebiet mit dem linken Rheinufer verbinden, zerstreut werden, und sowie diese Operation beendet ist, stehen im Nordosten und Südosten des Ausgabgebietes deutsche Truppen zum Einmarsch bereit, die mit der bisher von ihrer Seite abgelehnten Besatzungsarmee fertig zu werden hoffen. Dr. Dorten soll bei derselben Gelegenheit sein Bedauern darüber ausgesprochen haben, daß Frankreich für die Unterstützung der rheinischen Bewegung, die angeblich über die Mehrheit der Bevölkerung verläge, kaum zu haben sei. Augenblicklich befindet sich Dorten in London. Poincaré wird, wie das Blatt weiter meldet, heute Vertreter der französischen Delegationen empfangen, die mit Dr. Dorten in Paris in Verbindung standen und die eine aktivere Politik Frankreichs am Rhein und im Ausgabgebiet fordern.

Senesch's Reise nach Paris und London.  
Paris, 5. Juli. Der Außenminister Senesch wird in dieser Woche eine Reise nach Paris und London antreten. In Paris wird er über die Vorbereitungen des Besuchs des Präsidenten Mariani in Frankreich, der im Herbst stattfinden und über das Handelsabkommen mit Frankreich verhandeln.

Der Mörder des sächsischen Finanzministers Raschun verurteilt.

Paris, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Mörder des Finanzministers Raschun, Schouvaloff, wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, da er wegen Minderjährigkeit nicht zum Tode verurteilt werden konnte.

### Vorwärtlicher Abjährling des deutsch-russischen Getreide-Lieferungsvertrages.

Berlin, 5. Juli. Wie die „Telegraphen-Union“ von zuverlässiger Seite erfährt, sind die Verhandlungen zwischen führenden deutschen Wirtschaftskreisen und der Sowjetregierung über Getreidelieferungen aus Rußland sowohl gedeutet, daß mit ihrem Abschluß demnächst gerechnet werden kann. Dem Berechnen nach handelt es sich vornehmlich um Getreidevorräte, die die Sowjetregierung im Herbst nach Ablauf der Ernte an Deutschland liefern wird. Der Preis für die Lieferungen beträgt 200 Millionen Goldmark, von denen die Hälfte der Abschluß des Vertrages in bar bezahlt werden soll. Ein Viertel der Zahlung soll in bestimmten bereits festgestellten Waren geleistet werden. Für das letzte Viertel soll Rußland die Auswahl der Waren zugestanden worden sein.

### Unvorschriftsmäßige Zeitungslektüre.

Erfurt, 5. Juli. Der Rentamtsamwärter Hans Sch. in Weimar hatte sich erlaubt, das in Thüringen verboten gewesene Organ der Deutschnationalen Arbeiterpartei, den „Wachstern“, zu lesen, andererseits sollte durch ihn diese verbotene Lektüre verbreitet worden sein, und zwar zum Zwecke einer „antirepublikanischen Propaganda“. Sch., der sich vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts wegen „Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik“ zu verantworten hatte, gab zu, Abonnent des „Wachsterns“ gewesen zu sein und betonte, daß dessen Inhalt für ihn hochinteressant im Sinne einer vaterländischen Tendenz gewesen sei. Die Abficht, das Blatt zu verbreiten, bestritt er. Der Anklagevertreter war von der Schuld des Sch. überzeugt und beantragte nach einem Bericht der „Deutschland“ eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Der Gerichtshof erkannte auf freieslofen Freispruch und der Begründung, daß dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte, daß er von dem Verbot des „Wachstern“ im Gebiete Thüringens in fraglicher Zeit gewußt habe. Auch die ihm zur Last gelegte Weiterverbreitung der verbotenen Zeitschrift konnte nicht festgestellt werden.

### Der Herr Ministerialdirektor.

In der „Aachler Zeitung“ befindet sich folgende, leider wahre Geschichte: „In der Bahnhofsverwaltung zu Aalen ließ sich ein Gast zu folgenden erschütternden Ausprüchen gegenüber einem kleineren Beamten: „Ich würde keinen Widerpruch, ich habe nie im Leben Widerpruch gebildet, ... wenn Sie wüßten, wen Sie vor sich haben, Sie würden zu Boden sinken, ... Wenn ich Ihnen sage, wer ich bin, so wüßte das, als würde eine Bombe im Bahnhof explodieren, ... Ich kann Sie in Ihre Ersten vernichten merken Sie sich das, Euch Schmecken muß man nur oberflächlich groblich sein.“ Der Fremdling, dem die überflüchtige Döflichkeit gar zu geschwind abgebrochen war, entpuppte sich als ein mit einem Freifahrtschein ausgerüsteter Ministerialdirektor S. in Reichseisenbahnministerium in Berlin, gebürtig aus Weidenheim in Württemberg, erster Württember-

gischer Arbeitsminister a. D.“ Bei aller uns eigenen Hochachtung vor Reaktionsvertriebenen müssen wir doch erklären, daß uns diese „Manieren“ eines hohen Reichsbeamten — vorzüglich ausgedrückt — sehr überlassen. Der Herr Ministerialdirektor, dessen vollen Namen wir zu seinen Gunsten lieber verschweigen wollen, sollte in der Wahl seiner Ausdrücke gegenüber Ausländern etwas verständlicher sein.

### Herzje als Kassenmitglieder!

Ein merkwürdiger Bescheid.  
Der letzte Ausschluß des Reichstages hat am 3. Juli beschlossen, die Ziffer 5 des § 163 der Reichsversicherungsordnung wie folgt zu fassen:

„Versicherungspflichtig sind Angestellte in Berufen der Erziehung, des Unterrichts, der Fürsorge, der Kranken- und Wohlfahrtspflege.“

Falls Reichstagsabgeordneter und Regierung diesem Bescheid zustimmen, wird der Kreis derjenigen Personen, die der Krankenversicherungsspflicht unterliegen, erheblich ausgedehnt werden. So würden zu den jetzt schon versicherungspflichtigen nichtbeamteten Lehrern und Erziehern alle Assistenzärzte an Krankenhäusern versicherungspflichtig werden, deren Jahresentkommen gerade unter 21 Millionen Mark beträgt. Desgleichen alle entsprechend angelegten Fürsorge- und Wohlfahrtsärzte und auch diejenigen in den entsprechenden Berufen Angestellte ähnlicher Art. Ob gerade für diese Personenzirkel ein zwingendes Bedürfnis zur Einbeziehung in die Versicherungsspflicht vorliegt, ist höchst zweifelhaft. Die Berufsstufe selbst sind, wie wir erfahren, auch gar nicht gefragt worden, ob sie ein solches Bedürfnis empfinden.

## Bunte Zeitung

### Die ergiebigsten Fruchtarten der Welt.

Diese sind: Dattelpalme, Kokospalme, Apfelsine und Banane. Auf der Höhe ihrer Kraft trägt die Dattelpalme jährlich eine Ernte bis zu vier Zentnern, die Kokospalme rund zwanzig Zentner Nüsse. Von einem einzigen Orangensbaum auf den Azoreninseln gewinnt der Baumgärtner im Jahre manngigtausend verlandfähige Apfelsinen, wozu noch vier bis fünftausend kommen, die an Ort und Stelle verpackt werden müssen. Der fruchtbarste Obstbaum ist die Banane. Jeder Baum erzeugt einen fruchtbücheln von einhundert bis einhundertachtzig Bananen, je nach der Größe, im Gesamtgewicht von vierzig bis achtzig Pfund. Eine Bodenfläche von tausend Quadratfuß, bepflanzt mit Bananen, produziert etwa viertausend Pfund gesunden und wohlschmeckenden Nährstoffes. Diese Bodenfläche würde in Europa, wenn mit Weizen bepflanzt, nur dreihundertdreißig Pfund Weizenfrucht erzeugen, wenn mit Kartoffelpflanzen bepflanzt, neunundneunzig Pfund Kartoffeln. Wenn nun auch die Banane nicht so nahrhaft ist wie Weizen, so kann man doch mit dem Ertrage einer gewissen Bodenfläche, wenn mit Bananen bepflanzt, fünfundsiebzigmal so viele Menschen mit Bananen beschaffen, fünfundsiebzigmal so viele Menschen unterhalten, wie wenn sie mit Weizen bepflanzt ist. Das Produkt der Banane verhält sich zu dem des Weizens wie hundertdreihundertdreißig zu eins, zu dem der Kartoffel wie dreihundertdreißig zu eins. Schade, daß sie bei uns nicht gedeiht!